



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Nordafrika steht im Mittelpunkt des G 8-Gipfels

Die Entwicklung in Nordafrika und im Nahen Osten, die Sicherheit der Kernenergie sowie die Lage der Weltwirtschaft: Dies waren die zentralen Themen des G8-Gipfels 2011 in Deauville.

Unmittelbar vor ihrer Reise zu den jährlichen Gesprächen gab Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab und erläuterte die deutsche Position. Angesichts der politischen Umwälzungen in Nordafrika kündigte die Bundeskanzlerin für diese Länder konkrete und schnelle Hilfe an. Die ersten politischen Erfolge dürften nicht durch wirtschaftliche Instabilität gefährdet werden, betonte sie. Die Hilfe solle schnell in Gang kommen, „denn Zeit zählt in dieser Region“.

Merkel nannte es eine „historische europäische Verpflichtung“, den Menschen, die in Nordafrika und Teilen der arabischen Welt für Freiheit und Menschenrechte auf die Straße gehen, zur Seite zu stehen. Die Entwicklungen seien für alle „eine historische Chance“. Zu den drängendsten Herausforderungen gehörten die Arbeitslosigkeit und die wenig entwickelten Ausbildungsstrukturen. Daher solle eine „Partnerschaft für Beschäftigung“ geschlossen werden. Deutschland und die deutsche Wirtschaft sollten sich in Ägypten vor allem in der Berufsausbildung engagieren und für 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen. Tunesien versprach die Kanzlerin Unterstützung bei der Qualifizierung und Vermittlung von Akademikern und dem Aufbau eines Sektors kleinerer und mittlerer Unternehmen. Diese Programme könnten durch eine vierjährige Schuldenswandelung in Höhe von 300 Millionen Euro finanziert werden. Zur Unterstützung des demokratischen Wandels werde die Bundesregierung darüber hinaus noch in diesem Jahr 30 Millionen Euro einsetzen. In den nächsten Jahren sollen 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden, kündigte Merkel an.

Nach der Reaktorkatastrophe in Japan stand auch die weltweite Sicherheit der Kernkraftwerke auf der Tagesordnung der G8. Erstmals haben sich sämtliche G8-Staaten dazu verpflichtet, ihre Kraftwerke regelmäßigen Stresstests zu unterziehen, die sich an den hohen Anforderungen der EU orientieren. Dies ist – bei aller unterschiedlicher Betrachtungsweise zur Zukunftsfähigkeit der Kernenergie – ein großer Fortschritt zum gegenwärtigen Zustand. Jetzt muss es das Ziel sein, auch jene Länder, die nicht zur Gruppe der G8-Staaten gehören, auf diese neuen Sicherheitsstandards zu verpflichten.

Hintergrund: Die Gruppe der 8 (G8) ist ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs aus acht Industrieländern. Sie ist – wie die G20 – keine internationale Organisation, sie besitzt weder einen eigenen Verwaltungsapparat noch eine permanente Vertretung ihrer Mitglieder. Auf Grund der informellen Strukturen spielt die jeweilige G8-Präsidentschaft eine besonders wichtige Rolle, in ihren Händen liegen die Organisation sowie die Agenda des Gipfels. 2011 hat Frankreich sowohl die G8- als auch die G20-Präsidentschaft inne.

Am zweiten Gipfeltag findet der traditionelle Austausch mit wichtigen Partnern der G8 statt, in diesem Jahr mit Vertretern aus Nordafrika und dem südlichen Afrika. So nahmen etwa die Premierminister aus Ägypten und Tunesien teil. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Unterstützung der ägyptischen und tunesischen Reformbestrebungen durch Deutschland nachdrücklich. Insbesondere in diesen beiden Ländern haben die Menschen jetzt die Gelegenheit, eine umfassende Demokratisierung ihrer Länder zu beginnen. Dazu sind jedoch jetzt vor allem große Anstrengungen notwendig, die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation nachhaltig zu verbessern. Hier zu helfen heißt, die Situation insgesamt zu stabilisieren und den Menschen eine Perspektive zu bieten.

Kitas in Wohngebieten werden rechtlich abgesichert

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in dieser Woche einstimmig einer Änderung des Bundes-Immissionsgesetz zugestimmt. Die Novelle sieht vor, den von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehenden Kinderlärm künftig rechtlich zu privilegieren, um Klagen dagegen zu erschweren. Zudem sollen Kitas in Wohngebieten auch baurechtlich abgesichert werden. Beide Maßnahmen werden es den Kommunen erleichtern, mehr Betreuungsplätze einzurichten.

Stasi-Überprüfung auch weiterhin nötig

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss weitergehen. Auch mehr als 20 Jahre nach Ende des sozialistischen Unrechtsregimes darf es im Interesse der Opfer keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben. Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach wie vor ungebrochen. Deshalb müssen die zum Ende dieses Jahres auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten bis 2019 verlängert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert darüber hinaus die Ausweitung des überprüfbaren Personenkreises. Dazu sollen zukünftig auch Bewerber um Wahlämter zählen sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst ab der Besoldungsgruppe A 13 bzw. der Entgeltgruppe E 13. Die Vorgänge bei der Polizei in Brandenburg verdeutlichen die Notwendigkeit eines solchen Schrittes. Nach derzeit geltendem Recht dürfen die 15 Schutzbereichs- und 55 Wachenleiter nicht auf eine ehemalige Tätigkeit für die Stasi überprüft werden. Nachdem sich aber der Verdacht erhärtete, dass der Cottbuser Polizei-Wachenleiter früher für die Stasi arbeitete, wäre ein solcher Schritt angebracht.

Volker Kauder besucht Christen in Ägypten

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder hat zum zweiten Mal in diesem Jahr Ägypten besucht und sich wiederum besonders für die Rechte der Kopten eingesetzt. Er zeigte sich besorgt über die jüngsten gewalttätigen Vorfälle und mahnte die neue Regierung, die

Rechte der christlichen Minderheit besser zu schützen. Zugleich versicherte Kauder, dass Deutschland Ägypten auf dem Weg in die Demokratie begleiten wird. Vor allem beim Aufbau der Wirtschaft und der Ausarbeitung einer modernen Verfassung versprach er Hilfe. So sei es notwendig, dass in der neuen Verfassung die Religionsfreiheit ohne Einschränkungen verankert werde und Kopten und Muslime die gleichen Rechte genießen.

Antisemitische Positionen in der Linkspartei zunehmend salonfähig

– zu dieser Erkenntnis gelangen zwei Wissenschaftler der Universitäten Gießen und Leipzig. Beide stellen fest, dass antisemitische Positionierungen innerhalb der Partei die „Die Linke“ in den letzten Jahren deutlich an Kraft gewonnen haben. Ihren vorläufigen Höhepunkt habe die Entwicklung nach der Erstürmung der „Gaza-Flottille“ durch israelische Soldaten im Mai 2010 gefunden. Neben mehreren radikalislamischen Gruppierungen waren auch zwei Abgeordnete der Linkspartei an Bord, u.a. Annette Groth, die in Pforzheim für die Linkspartei kandidierte. Die CDU/CSU-Fraktion nahm die Veröffentlichung der beiden Wissenschaftler in dieser Woche zum Anlass, um im Rahmen einer aktuellen Stunde das ungeklärte Verhältnis der Linkspartei zum Antisemitismus zu thematisieren.

Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr

Nachdem Verteidigungsminister Thomas de Maizière in der vergangenen Woche die Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr und die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien vorgestellt hatte, gab er an diesem Freitag im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr ab. Ziel der Union ist es, die Bundeswehr besser auf die neuen, internationalen Herausforderungen einzustellen. Abläufe und Organisation sollen schlanker werden, sodass von den geplanten 175 000 bis 185 000 Soldaten ein deutlich höherer Anteil für Einsätze zur Verfügung steht. Mit dem Reformkonzept des Ministers liegt eine gründliche und präzise Analyse vor, die die Defizite benennt und Handlungsbedarf aufzeigt.